

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Wohnungsbau in kommunale Hand!

Kommunales Eigentum bilden statt Steuergelder verschleudern

Mehr als fünf Monate hat Rottenburgs Verwaltung gebraucht, um die Anfrage von **DIE LINKE** zum preiswerten Wohnungsbau zu beantworten – die Gemeindeordnung sieht dafür höchstens drei Wochen vor!

Jahrelang hat die CDU verhindert, dass für sozialen Wohnungsbau genauso viel Geld in den Haushalt eingestellt wird wie für Eigenheimbauer (Kreuzerfeld-Süd). Jetzt muss die Verwaltung feststellen: Die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein in Rottenburg hat sich innerhalb von zwei Jahren um 20 Prozent auf 278 Personen erhöht.

Alle Maßnahmen der Stadt, genug bezahlbaren Wohnraum für kinderreiche Familien, für Geringverdiener, Alleinerziehende, Senioren und junge Erwachsene bereitzustellen: „Dies alles reicht nicht aus.“ (Wohnbau- und Bericht 2015)!

Für die CDU gab es nur Eigenheimbesitzer, für die Grünen waren überdachte Fahrradstellplätze an Bushaltestellen wichtiger als das Dach überm Kopf für Familien. Die großartige Ankündigung von Hermann Steur (SPD) beim Haushalt 2014, „nächstes Jahr“ ein eigenes

Konzept vorzulegen, hat sich in Luft aufgelöst.

Nicht nur Hubert Stenzel und andere Senioren sind ratlos. Denn genug „Platz ist vorhanden“, stellt die Rottenburger Post (19.12.15) in der Auswertung der Verwaltungsantwort auf Dr. Peters (**DIE LINKE**) Anfrage fest: 79



Hektar Wohnbaufläche enthält der Flächennutzungsplan 2015 dafür. Bei gleicher Belegungsdichte wie 2015 reicht das für ca. 3.950 Personen und laut Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2030.

Private Wohnungswirtschaft versagt

Laut Landtagskandidat Klaus Tappeser (CDU) wusste die CDU, dass jedes Jahr für ca. 16.000 Wohnungen die Mietpreisbindung ausläuft und nur 1.000 ersetzt werden, also gebe es pro Jahr 15.000 mietvergünstigte Wohnungen weniger (Tagblatt, 21.11.15). Ein lukratives Geschäft für Investoren in das „Betongold“, für Makler und für Spekulanten mit leerstehendem Wohnraum. Aber auch für die großen Wohnungskonzerne wie Vonovia.

Bundesweit sind in den letzten 15 Jahren von ehemals vier Millionen Sozialwohnungen noch ganze 1,5 Mio. übrig. Anders ausgedrückt: **Die private Wohnungswirtschaft versagt mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, für alle Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum anzubieten.**

Mit hektischem Flügelschlagen für mehr Wohnungsbau versucht die SPD im Landtagswahlkampf, ihre Verant-

Lesen Sie weiter:

Kinderarmut - SPD und CDU schwerhörig Seite 3

Köln und das gewollte Staatsversagen Seite 4

Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen Seite 5

DIE LINKE stärken - aktiv werden Seite 6

Weltladen - Leuchtturmprojekt in der Kernstadt Seite 7

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

wortung für den Verkauf von 21.500 LBBW-Wohnungen für 1,4 Mrd. Euro an den Privatinvestor Patrizia statt an ein kommunales Bieterkonsortium zu verschleiern. Kürzlich wurden diese Wohnungen – 550 davon in Tübingen – mit einem Gewinn von 500 Mio. Euro an die Deutsche Annington weiterverkauft. Beide Male zahlen die Mieter mit Mieterhöhungen und verschleppter Renovierung die Zeche. Jetzt will der DAX-Konzern Vonovia durch eine „feindliche Übernahme“ von Deutsches Wohnen in Höhe von 14 Mrd. Euro zum Immobiliengiganten aufsteigen, indem er dann 510.000 Wohnungen besitzt und mit seiner Marktmacht die Mieten diktieren kann.

In Stuttgart erweist sich die SPD im Bereich Wohnungsbau als Nullnummer: Bayern investiert pro Jahr 260 Mio. Euro in den Wohnungsbau, in Baden-Württemberg sind es weiterhin nur 75 Mio. Euro pro Jahr inklusive Bundesanteil. Die Fördermittel des Landes reichen jährlich für 700 Wohnungen, der Städtetag verlangt aktuell eine Erhöhung der Fördermittel auf 100 Mio. Euro.

Trotz der katastrophalen Erfahrungen mit Wohnungskonzernen will Nils Schmid jetzt Investoren mit einer groß-

zügigen Sonderabschreibung locken: In den ersten fünf Jahren sollen sie die Hälfte ihrer Investition abschreiben können – auf Kosten der Steuerzahler.

Kommunales Eigentum bilden statt Steuergelder verschleudern

In ihrer Antwort auf die Linke-Anfrage gibt die Stadtverwaltung an, dass sie für die 1998 geschaffenen 30 Sozialwohnungen in der Wittenberger Straße mit rund 2.140 Quadratmeter im Schnitt 45.000 Euro pro Jahr zahlt. Ihr Belegungsrecht läuft 2019 aus.

Das bedeutet dreierlei: Die Stadt hat keine Möglichkeit mehr, Mieter mit geringem Einkommen dort unterzubringen. Zweitens verliert sie endgültig die knappe eine Million Euro an Steuergeldern, die sie in 21 Jahren aus dem Haushalt dafür bezahlt hat. Drittens sie hat für diese eine Million kein städtisches Eigentum geschaffen, sondern der Eigentümer hat dieses Geld als Extragewinn privatisiert. Dies ist das elende Spiel mit den Belegungsrechten – statt selber kommunales Eigentum zu schaffen und auf Dauer finanzschwache Einwohner mit preiswerten Mieten unterstützen zu können, wird hier Steuergeld für immer ver-

brannt. Deshalb vertritt **DIE LINKE**, dass die Stadt Rottenburg selbst als Eigentümer tätig wird und zusammen mit einer Wohnbaugesellschaft der Stadt oder des Kreises aktiv wird. Deshalb hat die Linke im Gemeinderat beantragt, eine Million Euro entweder als Anteil der Stadt in die Kreisbau zu investieren oder mit diesem Geld selber zu bauen. Mit diesem Geld, so der scheidende Geschäftsführer der Kreisbau, Berthold Hartmann, kann vielen kleinen Kommunen geholfen werden, die die Aufgaben im Wohnungsbau sonst nicht meistern. Außerdem wird die Finanzkraft der Kreisbau gestärkt und ihre Handlungsfähigkeit erhöht. **Insgesamt muss die nächste Landesregierung mindestens so viel Geld wie Bayern (260 Mio. Euro) in den kommunalen Wohnungsbau stecken und damit preiswerten Wohnungsbau ermöglichen.**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Probanden gesucht

Anzeige des UKT vom 21. Januar 2016

Das Tropeninstitut sucht für eine Klinische Studie Freiwillige, die noch nie Malaria hatten. (Hatte ich auch noch nicht.)

Ich würde nach Angaben in der Anzeige bei Teilnahme zwischen 1 940 und 2 400 € als Aufwandsentschädigung erhalten. Das lässt sich hören. Ich hätte auf Wunsch eine kontrollierte Malariainfektion mit Malariaparasiten erhalten können, möglicherweise abgemildert durch eine schicke Chemoprophylaxe.

Als Proband falle ich allerdings aus dem Raster, da ich aufgrund meines Alters bereits zu nahe am Friedwald stehe und mein Body-Mass-Index leider den gruppenspezifischen Anforderungen nicht entspricht.

Angesprochen sind wahrscheinlich ohnehin in erster Linie Hartz 4-Empfänger, Bafög-Empfänger und bildungsferne Randgruppen.

Wie dem auch sei: Diese fatale Ausschreibung für Freiwillige halte ich für

Probanden gesucht



Das Institut für Tropenmedizin am Universitätsklinikum Tübingen sucht Freiwillige für eine klinische Studie zu neuen hochwirksamen Malaria-Chemoprophylaxen

- im Alter zwischen 18 und 45 Jahren
- mit einem Body-Mass-Index zwischen > 18 und < 30
- die noch nie Malaria hatten
- aus Tübingen und Umgebung

Die Studie beinhaltet einen Termin zur Gabe der Chemoprophylaxe und einen nachfolgenden Termin bei dem eine kontrollierte Malariainfektion mit Malariaparasiten durchgeführt wird. Zusätzlich werden vor und nach der Chemoprophylaxe bzw. Malariainfektion zeitintensive Kontrollchecks durchgeführt.

Falls Sie den Studieneinschlusskriterien entsprechen und mitmachen wollen, werden Sie mit einer Aufwandsentschädigung zwischen 1940 und 2400 Euro entschädigt.

Ansprechpartner:

Benjamin Mordmüller (Studienleiter)
Alexandra Roth (Projektmanger)
alexandra.roth@medizin.uni-tuebingen.de
Tel. 07071/2982929

obszön und sie erinnert mich fatalerweise an die Fleckfieber-Impfstoff-Versuche in Buchenwald. Dort wurde freilich niemand angefragt. **Ethisch höchst bedenklich ist die Tübinger Versuchsanordnung trotzdem, weil sie schamlos und dumpf auf die ma-**

terielle Not ihrer Probanden setzt.

Möglicherweise war oder ist die Ethikkommission an der Universität Tübingen an den Malaria-Experimenten im Vorfeld beteiligt worden. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass deren Votum nur allzu oft und bereitwillig die Interessen der Pharmalobby unterstützt und dabei den korumpierenden materiellen Ansatz, den die „verlockende“ Untersuchung gerade für sozial ungesicherte Menschen zu bieten scheint, außen vor lässt.

Die Medizinforschung verschone die Gesellschaft vor dem blinden Machbarkeitswahn und ihrer Sehnsucht nach dem steuerbaren Homunculus (siehe auch „Faust II“).



Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Kinderarmut - SPD und CDU schwerhörig

Landesfamilienrat fordert Vermögenssteuer

Nach der Caritas lässt auch der Landesfamilienrat Baden-Württemberg die Alarmglocken zur Kinderarmut schrillen.

Im Oktober hatte Prälat Wolfgang Tripp, der frühere Direktor der Caritas der Diözese Rottenburger-Stuttgart, im Gespräch mit Sozialministerin Altpeter (SPD) ihr vorgehalten, dass die Lage der Kinder sich in den vergangenen Jahren eher verschärft als verbessert habe. Tripp kann sich dabei auf neueste Studien stützen:

2014 ist die Kinderarmut auf 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wieder angestiegen. Bundesweit wächst jedes sechste Kind in Armut auf, in Baden-Württemberg sogar fast jedes fünfte Kind.

Besonders schwerwiegend daran ist, so die neueste Bertelsmann-Studie, dass inzwischen 642.000 Kinder länger als vier Jahre in Armut aufwachsen. Für sie wird Armut und Perspektivlosigkeit

lebensprägend. Dies betonte Dr. Peter (**DIE LINKE**) neulich vor über 30 Vertretern aus sozialen Initiativen **beim Rottenburger Familienbündnis, bei dem CDU, SPD und Grüne fehlten.**

Der Landesfamilienrat betont die öffentliche Verantwortung für eine Verbesserung der Situation für Kinder und deren Eltern. **Deshalb müsse für die Reichen eine Vermögenssteuer erhoben werden, um der zunehmenden Spaltung von Arm und Reich entgegenzutreten.**

Ansätze zu einer Armutsbekämpfung sieht er in einer besseren Berufsausbildung, um prekäre Beschäftigung zu vermeiden. Alleinerziehende tragen in Baden-Württemberg das höchste Armutsrisiko (46 Prozent, mehr als im Bundesdurchschnitt). Oft zahlt der Kindsvater keinen Unterhalt. Deshalb soll der Unterhaltsvorschuss (bisher höchstens für 72 Monate bis zum 18. Lebensjahr des Kindes verlängert werden. Da arme Familien häufig in beengten Wohnverhältnisse leben, ist es wichtig,

das Wohngeld anzuheben und den Bau von Sozialwohnungen anzukurbeln: „Wohnungsbau und Quartiersplanung sind eine Querschnittsaufgabe“ der Kommunen, stellt der Landesfamilienrat fest. Ganz wichtig für die soziale Teilhabe von Kindern - Treffen mit Freunden, Teilnahme an Sport, Spiel und Musik – ist die Mobilität: „Der Landesfamilienrat regt an, die notwendige Schülerbeförderung grundsätzlich kostenlos anzubieten und in Stadtgebieten die 3-Kilometer-Grenze aufzuheben.“ Dies vertrat auch das Rottenburger Familienbündnis auf seiner letzten Sitzung und forderte für die Koordination all dieser Aufgaben von der Stadt im Sozialausschuss eine Stabsstelle. DIE LINKE unterstützt dies im Gemeinderat und fordert von der Landesregierung endlich ein Sofortprogramm gegen Kinderarmut, dass die Forderungen der Wohlfahrtsverbände aufnimmt!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Musterklage gegen faktisches Schulgeld

Theo Keck, Vorsitzender des Rottenburger Gesamtelternbeirats, hat eine der beiden Musterklagen beim Verwaltungsgericht Sigmaringen eingereicht. Sein Ziel: Die Landesregierung soll die Schülerbeförderungskosten übernehmen, in seiner Familie sind das ca. 900 Euro jährlich.

Jahrelang haben SPD und Grüne diese Kosten als unsozial und als „Schulgeld durch die Hintertür“ angegriffen. Jetzt wollen sie nichts mehr davon

wissen, obwohl die Landesverfassung anderes sagt. Die Kosten verstoßen auch gegen die internationalen Kinderrechte. Diese hat die Bundesregierung unterschrieben. Sie schließen beim unentgeltlichen Zugang zur Bildung auch die Beförderung ein. Nachfolgend der

Leserbrief von Bernhard Strasdeit, Kreisrat und Landtagskandidat der LINKEN:

**Zu hohe Schülerfahrpreise
LINKE unterstützt Klage von Eltern**

Die Preise für Schülerfahrkarten steigen und steigen. Schuld hat vor allem die Grün/SPD-geführte Landesregierung, die Schüler voll abzockt und Zuschüsse, wie sie bei Studierenden selbstverständlich sind, verweigert. Anders die Landesregierungen in Bayern und Rheinland-Pfalz, dort werden Schülerfahrten bis zum 10.

Schuljahr als Lernmittel angesehen und die Eltern müssen nichts zahlen. Das unsoziale Geschäftsprinzip des Naldo dagegen heisst: **Schüler können sich nicht wehren und werden betriebswirtschaftlich als Zwangskunden behandelt.** Es werden keine Preisnachlässe gewährt wie bei Bahn fahrenden Pedelec-Senioren sondern Schüler werden belastet über die realen Kosten hinaus. Wir **LINKE** unterstützen eine

Klage von Eltern in Sigmaringen gegen das faktische Schulgeld.

Am unehrlichsten agieren in dieser Angelegenheit die Grünen. Sie propagieren in Sonntagsreden den ticketfreien Nahverkehr, verweigern gleichzeitig Landeszuschüsse und erhöhen in Kommunalparlamenten die Preise für Schülertickets.

Im Kreistag haben wir auf das

Rechtsgutachten hingewiesen, das die überhöhten Schülerfahrpreise als verfassungswidrig einstuft. Bei den Haushaltsberatungen im Dezember bekamen wir diesmal noch keine Unterstützung von einer anderen Fraktion für unsere Forderung, die Schülerfahrpreise zumindest auf das Niveau der Semestertickets zu senken. Vielleicht ändert sich da ja etwas im Neuen Jahr.



Bernhard Strasdeit
Kreisrat
Landtagskandidat der LINKEN

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Köln und das gewollte Staatsversagen

Schnelle Integration ist das Gebot der Stunde

In der Sylvester-Nacht haben in Köln, Stuttgart und anderswo marodierende Banden mit Männern - darunter aus Nordafrika, Osteuropa und Nahost - Frauen überfallen, sexuell belästigt und beraubt. Diese Angriffe auf Frauen müssen öffentlich geächtet und rechtsstaatlich geahndet werden.

Um von seiner Verantwortung für Stellenabbau und Überlastung bei der Polizei abzulenken, hat NRW-Innenminister Jäger (SPD) schnell die Schuld auf seine Beamten abgeschoben und die Banden mit dem Flüchtlingsthema verknüpft. Über diese Steilvorlage jubeln Rechtspopulisten von CSU bis zu den Rechtsaußen:

Endlich! Endlich kippt die Stimmung gegen die Flüchtlingen.

Täglich überschüttete *Kopp Online* - der Online-Dienst des *Kopp-Verlags in Rottenburg* - die Welt mit Horrormeldungen, dass Obdachlose wegen der Unterkunft von Flüchtlingen ihre Wohnung verlieren, Supermärkte überfallen werden usw. Zynisch spielte sich die AFD als Verteidiger von Frauenrechten auf. CSU-Generalsekretär Scheuer will eine „Völkerwanderung“ verhindern. Doch nichts scheint zu helfen, die große Solidarität zu brechen.

Für wen sind Flüchtlinge eine Gefahr?

Warum sind Solidarität, Sympathie und Selbstorganisation der Deutschen in der Flüchtlingsfrage eine so große Gefahr für unsere CDU-SPD-Koalition? Schon vor Merkels „Wir schaffen das“ waren die Regierenden überrascht vom überwältigenden Engagement und von der republikweiten Hilfsbereitschaft der Deutschen, ob 3.000 Freiwillige in München oder **260 Freiwillige in Erzingen**. Flüchtlinge sind „gefährlich“, weil ihre Berichte über die Situation in der Heimat die Verantwortung deutscher Politik zeigen: Der Waffenexport, die Kriegsbeteiligung, der Landraub und deutsche Agrarsubventionen haben sie zu „Flüchtlingen“ gemacht.

Das macht die Hetze gegen angebliche „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „sichere Herkunftsländer“ zunichte, stellt den

deutschen Kriegseinsatz in Afghanistan, Syrien, Mali und Libyen infrage. An der verschleppten Bearbeitung von Asylanträgen wird deutlich, dass wir eine massive **Verwaltungskrise** haben. Bereits im Januar 2015 lagen 240.000 Anträge seit 18 Monaten auf Halde, Sachberater wurden weder ausgebildet und eingestellt. BAMF-Präsident Martin Schmidt musste als Bauernopfer anstelle von de Maizière gehen. Durch diese Verschleppung wird eine schnelle soziale Integration mit Sprachkursen, mit Arbeit und Wohnung verhindert. Allein bei der Polizei wurden in den letzten Jahren 16.000 Stellen auf Kosten der öffentlichen Sicherheit gestrichen.

Das neoliberale Staatsversagen

Die aktuelle Hauptaufgabe „Integration“ zeigt, wie stark die neoliberale Politik der Berliner GroKo unseren Sozialstaat geschwächt hat. Für eine gute Schulbildung für alle brauchen wir mindestens 20.000 neue Lehrerstellen, viele Erzieherinnen und Sozialarbeiter – aber das hätte die Milliarden-Gewinne der Aktionäre geschmälert.

Hatte Merkel mit ihrem Kurs anfangs versucht, auf der Sympathie-Welle mitzuschwimmen und die Interessen der Industrie nach Facharbeitern zu befriedigen, so stellen die Rechten in CDU, CSU und andernorts dies infrage. Sie wollen Köln für die Ausweitung der „sicheren Herkunftsländer“, für noch mehr Waffenexporte (Qatar, Saudi-Arabien) und verfassungswidrige Kriegseinsätze (Syrien, Mali, Libyen, Tunesien) benutzen. Ängste sollen geschürt und für den Bundeswehreinsatz im Innern („Grenzen schützen“) und die Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl (Prüfung des Einzelfalls) instrumentalisiert werden.

Deshalb denken inzwischen viele, dass der Kölner Schock inszeniert worden ist, um diese Angriffe auf unsere Demokratie durchzusetzen. Merkwürdig sind die Zeitgleichheit der Vorfälle, dass die in Bereitschaft stehenden Polizeikräfte trotz drastischer Lageberichte nicht eingesetzt wurden, dass diese Banden seit Monaten bekannt sind und nichts gegen sie unternommen wird. Immer wieder wird betont, die Überfälle seien nicht koordiniert gewesen.

Auch das Staatsversagen beim Überfall der rechtsradikalen Hooligans auf den Leipziger Stadtteil Connewitz während der Lagida-Demo spricht Bände! Dunkle Parallelen zu den NSU-Morden und dem Versuch, mit angeblichen „Mafia-Morden“ die Bevölkerung gegen Migranten aufzubringen, werden deutlich (Lesen Sie: Wolfgang Schorlau, *Die schützende Hand*). Wie leicht lassen sich einige „Heimatlose“ kaufen, die dann Leute hinter sich scharen. War das vielleicht gewollt?

Die Zivilgesellschaft europaweit erneuern

Ob bewusst inszeniert oder zugelassen: Die neoliberale „Politik des schlanken Staates“ von CDU, FDP und SPD mit dem massiven Personalabbau bei Polizei und Verwaltung hat die Sylvester-Vorfälle erst ermöglicht.

Und einige versuchen, Hooligans und 372 verurteilte Rechtsradikale, die „untergetaucht“ sind, gegen Flüchtlinge und jeglichen Protest von links einzusetzen („Bürgerwehren“). Diese neoliberale Politik spaltet nicht nur unsere Gesellschaft, sondern ganz Europa. Dagegen treten wir ein für eine neue, europaweite Zivilgesellschaft, die von unten, von den BürgerInnen mit ihrer gegenseitigen Solidarität (Griechenland, Spanien), mit Toleranz und Demokratie aufgebaut werden muss. Die sozialen Ursachen für die Spaltungen zwischen Oben und Unten (Hartz IV, Niedriglohnsektor), zwischen Deutschen und Flüchtlingen müssen offengelegt und überwunden werden.

Das Gebot der Stunde: Eine schnelle Integration durch Flüchtlinge durch Registrierung, Asylbearbeitung, Unterbringung, Sprachkurse und Praktika/Arbeitsaufnahme gegen ihre Isolation und Ausgrenzung. Dafür lohnt sich unser gemeinsames Engagement!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen

Warum sind sie „Wirtschaftsflüchtlinge“?

Nirgendwo ist die Verlogenheit der Berliner Regierungspolitik greifbarer als an ihrer Behauptung, sie wolle „Fluchtursachen“ bekämpfen.

Von 1998 bis 2011 lieferte Deutschland an das brutale Assad-Regime in Syrien 360 Tonnen Chemikalien, aus denen Giftgas hergestellt werden kann.

Assads Krieg gegen sein Volk vertrieb über vier Millionen Menschen, davon allein 1,4 Mio. nach Jordanien. Die Regierung dort gibt jährlich ein Viertel ihres Staatshaushalts für Flüchtlinge aus. Um das Überleben der Flüchtlinge in den Lagern zu ermöglichen, wird sie kaum von der EU unterstützt. Die Destabilisierung von Staaten ist der

wichtigste Nährboden für den IS und die Grundlage für westliche Konzerne, um Einfluss zu gewinnen.

Pervers ist, dass Kriegswaffenexportminister Gabriel (SPD) selbst jetzt noch an autoritäre arabische Regime wie Qatar und Saudi-Arabien in großem Stil Waffen liefern lässt.

Der aggressive „Freihandel“ von EU und IWF

Neben den Waffenexporten verursacht Deutschland Flüchtlingsströme durch seine Handelspolitik und Agrarsubventionen.

Dies enthüllte kürzlich der Deutschlandfunk am Beispiel Ghanas. Dort zerstört der subventionierte EU-Import von 165.000 Tonnen Fleisch zu Dumpingpreisen die Existenz einheimischer Geflügelzüchter: „Seit 2009 haben sich die Hähnchen-Exporte aus Europa in Richtung Afrika verdreifacht. Allein vom Geflügel, das Deutschland in die EU ausfuhrte, landeten im vergangenen Jahr mehr als 48.000 Tonnen auf dem afrikanischen Kontinent.“ (14.12.2015).

Ursache ist die aggressive EU-Handelspolitik:

„Das sogenannte Economic Partnership Agreement, kurz EPA, legt fest, dass diese Länder ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Importe öffnen und Zölle und Gebühren abschaffen müssen. Wer nicht mitmacht, dem drohen Währungsfonds und Weltbank schon mal mit Kreditsperre.“

Ein entscheidendes Instrument zur Erpressung ist dabei der Internationale Währungsfonds (IWF). Deutschland ist drittgrößter Kapitaleigner des IWF mit dem Recht auf einen der fünf Exekutivdirektoren.

Im Niger setzte der IWF die Privatisierung des Nationalen Veterinäramts durch, so dass die Bauern Impfstoffe zu hohen Preisen auf dem „freien“ Markt kau-

fen mussten. Die staatlichen Nahrungsmittelreserven mussten aufgelöst werden, mit denen der Staat für Notfälle 40.000 Tonnen an Hirse, Gerste und Weizen vorhielt. Seitdem leidet der Niger alle zwei Jahre an Hungersnöten. In Sambia verordnete der IWF die Abschaffung von Subventionen auf das Grundnahrungsmittel Mais und verbot staatliche Zuschüsse für den Kauf von Dünger, Saatgut und Pestiziden.

Neben diesen direkten Eingriffen in die nationale Regierungspolitik durch die EU und den IWF leidet Afrika besonders an der **Klimakatastrophe**, die maßgeblich von den Industrieländern verursacht wird. Verschärft wird der menschlich verursachte Klimawandel durch einen riesigen **Landraub** („land grabbing“), der verbunden ist mit kriminellen Brandrodungen (wie jetzt in Indonesien) Enteignung von Bauern und Wasserentzug für den Anbau von Palmölplantagen, um Agrardiesel zu produzieren: Besonders betroffen sind

Angola (500.000 ha), Mali (100.000 ha), Benin (400.000 ha), Kongo (3 Mio. ha) und Äthiopien (1,6 Mio. ha). Deshalb geht die UN allein von 25 Millionen Umweltflüchtlings in Afrika aus. In deutschen Biosprit fließen nach neusten Studien jährlich rund 424.000 Tonnen Palmöl. Umweltministerin Hendricks (SPD) könnte diese fatale Politik federführend per Verordnung sofort beenden.

Hetze gegen sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“

Seehofer und Kumpene nennen Flüchtlinge abwertend „Wirtschaftsflüchtlinge“ und unterstellen, sie gefährdeten bei uns den hart erkämpften Wohlstand. Tatsächlich fliehen diese Flüchtlinge vor der „Wirtschaft“, nämlich der Ausplünderung ihres Kontinents durch multinationale Konzerne, den IWF und die WHO, die ihre Existenz zerstören und ihr Leben mit Hunger und Durst gefährden.

Daran ist die Große Koalition von CDU und SPD direkt beteiligt, solange sie die menschenverachtende EU-Handelspolitik und Waffenexporte

betreibt. Nicht die deutsche Bevölkerung, sondern die Profiteure dieser Politik müssen zur Kasse gebeten werden, die Rüst-

ungskonzerne, die Nahrungsmittelspekulanten von Deutscher Bank und Allianz-Versicherung, Bayer und BASF als Düngemittelproduzenten. Und natürlich Aktionäre, die über Hedgefonds Milliarden daran verdienen. Deshalb müssen endlich die verarmten Milliarden zahlen, um die Flüchtlinge bei uns aufzunehmen: **Vermögenssteuer für Einkommen über einer Million und Verbot von Waffenexporten JETZT! Bundeswehr raus aus Syrien und Mali!**

Refugees
welcome



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

DIE LINKE stärken – aktiv werden!

Zu den Landtagswahlen am 13. März 2016 tritt DIE LINKE in allen 70 Wahlkreisen mit KandidatInnen an. Dazu musste sie in jedem Wahlkreis 150 Unterstützerunterschriften sammeln.

Für den Wahlkreis Tübingen hat sie allein in Rottenburg über 100 Unterstützer gefunden. Dies ist ein großer Erfolg und Ausdruck des wachsenden Vertrauens in linke Politik: Für bezahlbaren Wohnraum für alle. Für den Ausbau der Kitas und Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern eine Chance unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern geben. Für die Beseitigung der menschenverachtenden Hartz-IV-Gesetze und eine sanktionsfreie Grundsicherung. Für die Beseiti-

gung von Kinderarmut. Für die Beseitigung von prekären Arbeitsverhältnissen und Niedriglöhnen. Für eine welt-offene, tolerante Stadt gegen alle rechten Hetzer und Ausländerhasser.

der letzten Kommunalwahl ist sie doppelt so stark geworden. **Aber viele Probleme können nicht kommunal gelöst werden, z.B. die Finanzierung des Wohnungsbaus, der Kinderbetreuung und der Schulen, der öffentliche Personennahverkehr.**

Dafür muss die Linke in den Landtag.

Und sie braucht mehr aktive Unterstützung, um linke Politik bekannter zu machen, um mehr Menschen zu überzeugen und um Druck auf die Regierungen auszuüben. Deshalb rufen wir euch auf:



Seit sechs Jahren arbeitet **DIE LINKE** im Rottenburger Gemeinderat und im Tübinger Kreistag für diese Ziele. Seit

Engagiert euch - werdet aktiv (auch gegen die neuen Rechtsextremen) – werdet Mitglied!

Erzieherinnen: Kirche will Eingruppierung nach S6/8a

Kurz vor den Haushaltsberatungen im Gemeinderat haben 18 Erzieherinnen der Kita Hohenberg und das Krippen-Team der Klause an sämtliche Fraktionen Briefe verschickt, in denen sie ihre Grund-Eingruppierung in die Gehaltsstufe S6 (bzw. S 8a) forderten.

Seit Jahren hat **DIE LINKE** im Gemeinderat diese Eingruppierung verlangt. Denn seit 2008 arbeiten Erzieherinnen nach dem Orientierungsplan und üben durch ihre Teamarbeit zumeist die gleiche Arbeit wie eine Gruppenleitung aus. Während diese nach S6 bezahlt werden, sind die so genannten Zweitkräfte nach S 4 eingestuft.

Brisant ist, dass die Stadt Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband ist und tarifvertraglich verpflichtet ist, alle Erzieherinnen mindestens nach S6 einzustufen. Hinzu kommt: Laut Ver.di hat die Rottenburger Verwaltung jahrelang eine Stellen- und Tätigkeitsbeschreibung verschleppt. Bisher wird in katholischen Einrichtungen nach S3 eingestuft, in

evangelischen nach S6. In vielen Städten im Umkreis wird seit längerem nach S6 gezahlt.

Um eine leistungs- und tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen wie in den Vorjahren zu verschleppen, beantragten CDU, SPD und Grüne gemeinsam, die kommunalen Arbeitgeber (!) prüfen zu lassen, ob Erzieherinnen nicht nach S5 eingestuft werden können. Ihre Einstufung nach S6 sei eine „außertarifliche Freiwilligkeitsleistung“ der Stadt, deren Kosten „nicht darstellbar“ seien. Jörg Bischof (Grüne) verstieg sich zur Behauptung, die tarifgerechte Einstufung nach S6 würde die Investitionen der Stadt für die nächsten Jahre behindern.

Jetzt widerspricht der Zweckverband Katholische Kindergärten im Dekanat Rottenburg der Großen Verhinderer-Koalition aus CDU, SPD und Grünen im Gemeinderat.

Im Schreiben vom 25.1.2016 spricht sich der Verbandsvorstand für die Eingruppierung nach S6 (neu: S 8a) aus. Denn sonst hätten katholische Kitas Probleme, Fachkräfte zu finden. Der

Zweckverband schreibt der Stadt: „Faktisch übernehmen schon heute Zweitkräfte diverse Aufgaben der Gruppenleitung. Es ist nahezu unmöglich, dass die Gruppenleitung alle Kinder einer Gruppe individuell beobachtet und dann auch noch mit allen Eltern ein fundiertes Elterngespräch führt. (...) Auf Grund des Fachkräftemangels, der gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen durch den Orientierungsplan und den nicht ausreichenden Deutschkenntnissen bei vielen Kindern, bitten wir Sie um die Zustimmung, baldmöglichst Erzieher/innen (staatlich anerkannt) in den Kindergärten grundsätzlich in S6 (neu S 8a) eingruppieren zu dürfen.“

Die Verhinderer-Koalition und die Stadt müssen ihre Verschleppung jetzt schnell aufgeben! Dies wird DIE LINKE im Gemeinderat unterstützen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Leuchtturmprojekt in der Kernstadt

Aber: die Ortsteile nicht vergessen!

Seit 1977 fördert der „Weltladen“ in Rottenburg gerechte Handelsbeziehungen zu Produzenten im globalen Austausch.

Durch faire Löhne und Kostenerstattung für die Waren aus Entwicklungs- und Schwellenländern

sorgt der „Weltladen“ in der Stadtlanggasse seit Jahrzehnten für die gerechte Vermarktung fair gehandelter Produkte, seien es Grundnahrungsmittel (Reis, Soja, Hirse u.v.a.) und Genussmittel (Kaffee, Schokolade, Kakao, Tee, Rum) oder Sonstiges auf einer breit

gefächerten Warenpalette (Bananen, Gewürze, Honig).

Der „Weltladen“ unterstützt auch Bildungsangebote für Schulen und Jugendgruppen und arbeitet auch in der Lokalen Agenda 21 Projektgruppe „Rottenburg handelt fair“ beispielhaft und selbstlos. All diese Aktivitäten dürfen ausnahmslos gelobt werden und die Stadt kann sich mit dem „Weltladen“ dank seines facettenreichen Engagements nur schmücken, ja, es ist ein Leuchtturmprojekt in der Stadt.

Der „Weltladen“ zieht nun in den nächsten Wochen um, von der Stadtlanggasse zum Metzelpfad, ein Katzensprung, nur wenige hundert Meter entfernt. Der neue attraktive Standort

dürfte sich positiv auf die Tätigkeit und Bekanntheit der Rottenburger Institution auswirken.

Für den Umzug beantragt der „Weltladen“ Rottenburg e.V. im Rahmen der Bürgeraktion nun einen Zuschuss in Höhe von 15.500 €.



Begründet wird der Antrag wie folgt: „Durch den Umzug in die Fußgängerzone, in einen barrierefreien Laden, können weit mehr Rottenburger Bürger_innen auf die Situation der Menschen, die viele unserer alltäglichen Lebens- und Genussmittel produzieren

und auf die Anliegen des fairen Welt Handels aufmerksam gemacht werden.

Fairer Handel bedeutet Entwicklungspartnerschaft und wirkt der Flucht aus wirtschaftlichen Gründen entgegen!“ Das stimmt alles und ist sicher richtig.

Im Rahmen der gewünschten Förderung sollen allerdings u.a. auch ein neuer Kühlschrank, eine neue Spülmaschine, ein neues Notebook, ein neues Ladenschild, ein neuer Kaffeeautomat, eine neue Ladentheke und ganz allgemein sehr unterschiedliche Renovierungsarbeiten gefördert werden, so dass

in der Summe ein Desiderat von 15.500.- € entsteht. Verständlich ist das alles, wünschenswert auch. **Ist eine so umfassende materielle Hilfe via Bürgergeld aber auch vertretbar?**

Als ich von diesem stolzen Antrag hörte, habe ich mich auch des kleinen Lebensmittelladens in Obernau, vis à vis vor der Kirche, erinnert, dessen Zukunft Monat für Monat ungewiss ist, da die materielle Grundlage auf dem Land höchst prekär ist. Eine kurzfristige Schließung ist nicht auszuschließen, zumal der Laden nur noch vormittags geöffnet sein kann. Eine finanzielle Unterstützung dieser wichtigen Einrichtung in Obernau seitens der Stadt wurden stets abgelehnt und das mit dem Hinweis auf das freie Spiel der Marktkräfte.

Der kleine Vergleich zeigt zumindest in meinen Augen, dass hier etwas gewaltig aus dem Ruder laufen könnte. **Es kann nicht sein, dass beim Bürgergeld – wie es sich hier abzeichnet – Leuchtturmprojekte gefördert werden, die aktuelle Not in den Teilorten mit seinem möglichen Dominoeffekt aber nicht gesehen wird.**

(Dem Antrag wurde im Sozialausschuss am 26. Januar 2016 stattgegeben.)



Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Mitgliederversammlung **DIE LINKE** Ortsverband Rottenburg

**Donnerstag, den 11. Februar 2016 im AWO-Heim (Ehinger Platz 7) in Rottenburg
Einlass ab 19 Uhr, Beginn um 19.30 Uhr**

Vorschlag für die Tagesordnung:

Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung, Feststellung Wahlberechtigung
Rückblick auf die Haushaltsberatungen 2015 im Gemeinderat

Wahl des Vorstandes

Aktivitäten und Organisation der Landtagswahl in Rottenburg
Verschiedenes

Wir freuen uns über Vorschläge für die Vorstandswahl und die Tagesordnung.

Im Namen des Ortsvorstandes: Hans-Jürgen Petersen – Emanuel Peter

P.S. Vorschläge zur Tagesordnung und zur Wahl des Ortsvorstands bitte an Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de)



Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Ist doch ganz einfach!!!

Schliessen, abschaffen, abschieben, umdefinieren, ...

Vorsicht! Satire!

Weihnachten ist vorbei. Vorbei muss jetzt die wohlige Kerzenstimmung sein! Lange genug haben wir den mitfühlenden Christenmenschen ohne Widerspruch zugehört! Glas-klarer Realismus ist wieder gefragt. Humanitäre Gefühlsduselei können wir uns nicht mehr leisten - teilnehmendes Mitgefühl ebenso wenig. Die Tage werden wieder länger und wir werden länger klar sehen können.

Den Gutmenschen ist entgegenzutreten. Aber dem Unwort des Jahres muss weitere Verbreitung gewünscht werden. Entlarven Sie ihre Nachbarn: Zeigen diese Mitgefühl mit sogenannten Flüchtlingen, dann entlarven Sie sie als Dummköpfe. Sollten sie sogar in Engzungen etwas für die Flüchtlinge tun, etwa in der Kleiderkammer mitarbeiten, die Waschmaschine bedienen oder sogar den „Flüchtlingen“ die ersten Brocken der deutschen Sprache beibringen, dann machen Sie ihnen klar, dass all ihr Tun gegen die Interessen der guten Bürger gerichtet ist. Scheuen Sie sich nicht, diese „Mitbürger“ als Volksverräter zu brandmarken. - Und teilen Sie anderen Nachbarn Ihre Erkenntnis mit. Und schreiben Sie Leserbriefe um Ihr Wissen auch Unwissenden zukommen zu lassen.

sen. Den Vorwurf Hassparolen zu verbreiten, können Sie locker an sich abperlen lassen. Was schert es eine deutsche Eiche, wenn sich eine Sau an ihr ... - Oder so ähnlich.

Machen Sie klar, dass es nicht um Pläne geht, ob Plan A oder Plan B oder Plan 2 oder Plan 5482. Es muss gehandelt werden! Harte Kante zeigen, muss die Parole lauten.

Grenzen müssen geschlossen werden. Passiert werden darf nur nach scharfer Kontrolle (Leibesvisitation mit Befummeln, Körperscanner ...) Vor Schießbefehlen darf man nicht zurückschrecken.

~~Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Art 16a~~

~~(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.~~

~~(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, ...~~

Das Asylrecht muss abgeschafft werden. Wer wird denn schon aus politischen Motiven verfolgt? Und vor allem wo? Dummliche Verschwörungstheorien finden überall ihre ebenso dummlichen Prediger.

Abschiebung („Ausschaffung“ für

unsere schweizer Leser!) muss verfassungsrechtlich der Normalfall werden. Nur der reine Teutsche hat hier ein Aufenthaltsrecht und Übergriffe auf Frauen werden ein Ende haben..

Alle Länder sind als sichere Herkunftsländer zu definieren. Wenn sie nicht sicher sind, dann sind die Flüchtlinge selbst daran schuld. Sie hätten die Zustände ja ändern können.

Leisten Sie einen Beitrag zur Sicherheit in unserem Ländle. **Gründen Sie eine Bürgerwehr. Patrouillieren Sie vor allem in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften.** In ländlichen Gebieten werden sich noch genügend Dreschflügel und Mistgabeln zur Bewaffnung finden lassen.

Nehmen wir denjenigen, die an Flucht denken, gleich in ihrem Heimatland die Hoffnung auf ein besseres Leben bei uns, um sie vor Enttäuschung zu bewahren!

Und zum Schluss noch ein Rat: Gehen Sie jeder sachlichen Diskussion und lehrerhaften Belehrungen aus dem Weg. Sie könnten nämlich Ihre Meinung ändern und Ihre Vorurteile verlieren.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. Februar 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl

Donnerstag, 11. Februar 2016, AWO-Heim - Ehinger Platz 7, 19.30 Uhr

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 27. Februar 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 2. April 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe: Montag, 22. Februar 2016

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim

Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg

Eichendorffstr. 49